

## »Unser antimilitaristischer Kampf«

**junge Welt** dokumentiert auszugsweise den Entwurf des Leitantrags für den 21. Parteitag der DKP an diesem Wochenende in Frankfurt am Main. Vollständiger Wortlaut:

[kurzlink.de/leitantrag-dkp2015](http://kurzlink.de/leitantrag-dkp2015)

Wir kämpfen für die Auflösung der NATO und für den Austritt der BRD aus der NATO. Die NATO ist ein imperialistisches Militärbündnis unter Führung der aggressivsten imperialistischen Mächte. Das sind derzeit vor allem die USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich. In unserem Land ist unser Gegner der militärisch-industrielle Komplex und der deutsche Imperialismus.

Das Militär in imperialistischen Ländern dient immer der Aggression nach außen und innen. Es dient immer auch der reaktionären und militaristischen Verblendung der Soldaten. Die reaktionärste Form des Militärs unter heutigen Bedingungen ist die Berufsarmee, deshalb bekämpfen wir die Bundeswehr.

Wir lehnen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr, anderer bewaffneter Kräfte und alle Formen der zivil-militärischen Zusammenarbeit ab. Sie stehen für den Willen, die ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Monopolkapitals mit militärischer Gewalt zu vertreten.

Wir kämpfen gegen Übungen und Einsätze der Bundeswehr als Bürgerkriegstruppe im Inneren. Wir sind aktiv gegen Auftritte der Bundeswehr im öffentlichen Raum, seien das öffentliche Gelöbnisse, seien das Bundeswehrauftritte an Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen. Die Bundeswehr ist kein »normaler« Arbeitsplatz, sondern die Schule des Militarismus/Imperialismus.

Wir sind aktiv gegen die Infrastruktur des Militarismus (Übungsplätze etc.) und wehren uns gegen deren Ausweitung. Wir kämpfen gegen die Militarisierung von Bildung, Forschung und Kultur, gegen Militarismus und Kriegshetze in den Medien.

**Bildung und Forschung dürfen nicht der Rüstungsproduktion dienen, Kultur darf nicht nationalistisch und militaristisch sein. Wir fordern Zivilklauseln an allen Universitäten.**

Wir kämpfen gegen alle Formen des Zivilschutzes, gegen andere Formen der Militarisierung, wie die Einbeziehung von Frauen in militärische und paramilitärische Strukturen oder die Schaffung neuer Frühwarnsysteme in den Kommunen. Wir achten genau auf Entwicklungen hin zur Militarisierung in Strukturen, die paramilitärisch sind bzw. sich so umgestalten lassen, wie der Bundespolizei oder auch dem Technischen Hilfswerk.

Wir lehnen Rüstungsexporte ab. Sie haben keinen anderen Zweck, als die ökonomischen, politischen und militärischen Interessen des deutschen Monopolkapitals zu vertreten und dienen direkt den Profitinteressen der Rüstungsindustrie. Sie gaukeln den dort Beschäftigten vor, dass ihre Arbeitsplätze gesichert werden könnten, auch wenn der Krieg woanders tobt.

Wir wollen, dass in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Antimilitarismus wieder Allgemeingut wird, dass die Gewerkschaften antimilitaristische Kämpfe unterstützen und insbesondere gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion aktiv werden. Wir wenden uns gegen jegliche Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Bundeswehr. Statt Rüstungsproduktion fordern wir Rüstungskonversion.

Unser Ziel ist es, zu diesen Fragen Bewegung zu unterstützen bzw. zu initiieren. Wir beteiligen uns an den Aktionen der Friedensbewegung und wirken für deren Verbreiterung. Auf dieser Basis streben wir breitestmögliche Bündnisse an. Gleichzeitig vertreten wir inner- und außerhalb dieser Bündnisse unsere spezifisch kommunistischen Positionen.



Ostermarsch 2014 in Berlin Foto: Christian-Ditsch.de